



Freie und Hansestadt Hamburg

Lehrer*innenkammer Hamburg

24. September 2026

Erste Stellungnahme der Lehrer*innenkammer Hamburg zu den Sparmaßnahmen im Schulbereich

Vorbemerkung

Die Lehrer*innenkammer sieht in den vorgesehenen Sparmaßnahmen im Schulbereich einen personalpolitischen Verschiebeparkhof, der zu sinkender Bildungsqualität führt. Hamburg erklärt den Lehrkräftemangel für beseitigt. Dieser Befund ist jedoch nicht Ergebnis einer ausreichenden Personalausstattung, sondern politisch herbeigeführt: Lehrkräfte werden umgesetzt, Aufgaben auf andere Berufsgruppen verlagert und Neueinstellungen ausgesetzt. Die Lücken verschwinden damit nicht, sie werden lediglich verschoben – zulasten der Schüler*innen, der Kollegien und der künftigen Lehrkräfte.

Im Folgenden legt die Lehrer*innenkammer dar, an welchen Stellen diese Verschiebungen die Qualität von Schule und Unterricht gefährden.

1. Ganzttag an Grundschulen und Umsetzung von Grundschullehrkräften

Der Ganzttag an Grundschulen soll künftig in vollem Umfang von Erzieher*innen getragen werden. Das pädagogische Konzept eines rhythmisierten, lernbezogenen Ganztags, das Unterricht und außerunterrichtliche Angebote verzahnt, und individualisierte Förderkonzepte anbietet, kann unter diesen Voraussetzungen nicht umgesetzt werden und geht damit verloren.

Die Lehrer*innenkammer befürchtet, dass sich die Ganztagschule somit schleichend zur ganztägigen Betreuung entwickelt.

Schulen, die sich aufgrund diverser künftiger Mangellagen entscheiden wollen, vom Modell der GTS zur GBS zu wechseln, wird ein Wechsel des Ganztagsmodells von der Schulbehörde verwehrt.

Die frei werdenden Grundschullehrkräfte werden u.a. an die Stadtteilschulen versetzt und besetzen dort tendenziell die zukünftigen Arbeitsplätze der jetzt in Ausbildung befindlichen Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst. Viele haben dort seit langer Zeit nicht mehr unterrichtet. Fachliche Aktualität, Erfahrung mit der Altersgruppe und schulformspezifische Routinen fehlen vielen. Die Folge ist ein Qualitätsverlust an beiden Schulformen: Den Grundschulen fehlen erfahrene Lehrkräfte und an den Stadtteilschulen unterrichten Kolleg*innen fachfremd oder schulformfremd. Die Lehrer*innenkammer befürchtet, dass dies nicht nur zu einer Schwächung der Qualität der Grundschulausbildung, sondern auch der Stadtteilschulen führen könnte.

2. „Einstellungsstopp“

Die Umsetzungen dienen dazu, den externen Personalbedarf zu minimieren und führen quasi zu einem „Einstellungsstopp“. Menschen, die für die betroffenen Fachbereiche und Schulformen ausgebildet wurden, kommen dadurch nicht mehr ins System. Dem steht im Kontext des riesigen Haushalts (6,3 Mrd. €) eine Einsparung im Promillebereich gegenüber.

Besonders schwer wiegt dieser „Einstellungsstopp“ für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst. Ihnen fehlt die verlässliche berufliche Perspektive in Hamburg. Die Stadt investiert in ihre Ausbildung und drängt sie anschließend zur Abwanderung nach Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Das ist kurzsichtig. Gerade jetzt, da die Zahl der Schulkinder kurzfristig zurückgeht, sollte die Chance genutzt werden, das Bildungssystem massiv zu stärken und junge, gut ausgebildete Lehrkräfte einzustellen, um einen qualitativ guten und innovativen Unterricht in Hamburg nachhaltig und zukunftssicher zu entwickeln.

3. Widerspruch zum INSM-Bildungsmonitor 2026

Die vorgeschlagenen Sparmaßnahmen setzen ausgerechnet dort an, wo Hamburg im bundesweiten Vergleich besonders gut abschneidet. Im [INSM-Bildungsmonitor 2026](#) (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)) belegt Hamburg Platz 3 von 16 Ländern. In der Kategorie Förderinfrastruktur erreicht Hamburg Platz 2, weil 99 Prozent der Grundschüler*innen an einer offenen oder gebundenen Ganztagschule lernen ([Hamburg-Profil](#)). Auch bei den Betreuungsbedingungen liegt Hamburg auf Platz 2: An Grundschulen kommen 13 Kinder auf eine Lehrkraft, im Bundesdurchschnitt 15,9.

Zudem scheiden in Hamburg laut Bildungsmonitor vergleichsweise wenige Lehrkräfte vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit aus dem Schuldienst aus: 10,1 Prozent gegenüber 20,2 Prozent im Bundesdurchschnitt (Kategorie Inputeffizienz, Platz 2). Dieser Wert wird sich durch die geplanten Maßnahmen voraussichtlich verschlechtern. Umsetzungen an andere Schulformen, Einsätze an mehreren Schulen und größere Lerngruppen erhöhen die Belastung der Lehrkräfte erheblich.

Genau diese Stärken werden durch die geplanten Maßnahmen abgebaut. Ein Ganztag, der vorrangig betreut, und Grundschulen, die Lehrkräfte abgeben müssen, gefährden die Qualität, für die Hamburg gerade Anerkennung erfährt.

Zugleich weist der Bildungsmonitor Hamburg bei der Integration nur Platz 14 zu: Der negative Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist hoch. Gerade ein qualitativ hochwertiger Ganztag ist ein zentrales Instrument, um mehr Chancengleichheit herzustellen.

4. Weitere Maßnahmen zur Einsparung

Darüber hinaus sieht die Lehrer*innenkammer folgende Maßnahmen kritisch:

- **Erhöhung der Klassenfrequenz, Überhänge und Abordnungen an berufsbildende Schulen.** Die ausgebildeten Berufsschullehrkräfte werden ermuntert sich in allgemeinbildenden Schulen zu bewerben, um Überhänge abzubauen und verschärfen dort die Konkurrenz um die wenigen Stellen. Zugleich geht den berufsbildenden Schulen Potenzial verloren – und damit mittelbar der Ausbildung von Fachkräften, die Hamburg dringend benötigt.

- **Erhöhung der Klassenfrequenzen in der Oberstufe und am Gymnasium.** Größere Lerngruppen verringern die Zeit für individuelle Förderung und Rückmeldung und erhöhen die Belastung der Lehrkräfte, insbesondere bei Korrekturen.
- **Senkung der Unterrichtsversorgung von 104 auf 103 Prozent.** Was als geringfügige Korrektur erscheint, bedeutet ein Viertel weniger Vertretungsreserve: Von bislang vier Prozentpunkten über dem Grundbedarf bleiben nur drei. Bei Krankheit, Fortbildung oder Klassenfahrten wird Unterricht damit häufiger ausfallen oder durch Mehrarbeit der Kollegien aufgefangen werden müssen. Mit der derzeitigen AES (Allgemeine Stellenzuweisung) von 104 % gibt es bereits diverse Abzüge für Li, Auslandsschüler, ReBBZ etc., sodass über die 100 % real nur etwa 1,5 % Puffer übrig sind. Damit konnten schon bisher insbesondere bei akuten Krankheitswellen kaum die Bedarfe durch Langzeiterkrankte, Klassenreisen, unterjährige Elternzeit, Mutterschutz und Beschäftigungsverbote durch Schwangerschaften aufgefangen werden.
- **Erhöhung der Arbeitszeit von 40 auf 41 Stunden pro Woche**
- **Die massiven Kürzungen in der Schulbegleitung und den Arbeitsassistenzen**

Fazit und erste Forderungen

Die geplanten Maßnahmen lösen keine Probleme, sondern sind eine Verlagerung von einer Schulform auf die andere – besonders betroffen sind die Stadtteilschulen. Die Lehrer*innenkammer fordert daher, aber nicht abschließend:

- den Ganzttag an Grundschulen als pädagogisch verantworteten Ganzttag unter Beteiligung von Lehrkräften zu erhalten,
- auf systematische Umsetzungen von Grundschullehrkräften an Stadtteilschulen zu verzichten und dort für die jeweiligen Fächer und Stufen ausgebildete Lehrkräfte einzustellen,
- den „Einstellungsstopp“ aufzuheben und den Lehrkräften im Vorbereitungsdienst eine verlässliche Perspektive zu geben,
- die Einstellungen an berufsbildenden Schulen fortzuführen,

- auf die Erhöhung der Klassenfrequenzen und die Absenkung der Unterrichtsversorgung zu verzichten.
- die Schulen im Rahmen der selbstverantworteten Schule einen möglichen Wechsel von GTS zur GBS selbst entscheiden zu lassen.

Quellen

-[INSM-Bildungsmonitor 2026 – Gesamtranking](#)

-[INSM-Bildungsmonitor 2026 – Hamburg](#)